Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1224

28. 04. 95

Antrag

der Abgeordneten Gerhard Jüttemann, Wolfgang Bierstedt, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Überarbeitung der Eckpunkte zur Regulierung der Telekommunikation

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die vom Bundesministerium für Post und Telekommunikation vorgelegten Eckpunkte zur Regulierung der Telekommunikation zu überarbeiten. Die Ziele einer veränderten Fassung der Eckpunkte bestehen in folgendem:

1. Garantie der Verhinderung einer Entstehung neuer, diesmal privater Monopole im Telekommunikationssektor;
2. Absicherung eines auf die umfassende Grundversorgung der Bevölkerung ausgerichteten Systems der Telekommunikation;
3. eindeutig festgelegte hohe technische Anforderungskriterien für Lizenzbewerber;
4. Sicherstellung eines dauerhaften, flächendeckenden und preisgünstigen Leistungsangebotes einschließlich von nicht ausschließlich von der Telekom zu erbringenden Universaldienstleistungen überall zu gleichen Tarifen und in gleicher Qualität (Umlagefinanzierung);
5. Berücksichtigung technischer Entwicklungen bei der Definition des Universaldienstes;
6. Verpflichtung aller Wettbewerber zur Realisierung eines offenen und preisgünstigen Zugangs zu Telekommunikationsnetzen und -diensten einschließlich der Zusammenschaltung von Netzen;
7. Gewährleistung des Verbraucherschutzes nach bundesdeutschem Recht;
8. Genehmigung aller Entgelte durch die Regulierungsbehörde;
9. keine Liberalisierungsschritte vor 1998;
10. Regulierung der Telekommunikationsinhalte und gesellschaftliche Kontrolle ihrer Anbieter, um demokratiefeindliche, kriegs- und gewaltverherrlichende, chauvinistische, frauen- und fremdenfeindliche und jugendgefährdende Tendenzen sowie die Verbreitung kinderpornographischen Materials in der Telekommunikation zu verhindern.

Bonn, den 26. April 1995

Gerhard Jüttemann
Wolfgang Bierstedt
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Telekommunikation gehört zu den größten Wachstumsbranchen überhaupt. Noch stärker als in anderen Bereichen gilt hier, daß das technisch Machbare und das wirtschaftlich Profitable nicht unbedingt auch das gesellschaftlich Erwünschte sein muß. Jede Deregulierung verstärkt diesen Widerspruch. Ziel des ordnungspolitischen Rahmens im Telekommunikationssektor sollte ein Interessenausgleich zwischen Staat, Wettbewerbern, Beschäftigten und Kunden sein. Dies erfordert nicht eine Regulierung durch den Markt sondern eine Regulierung des Marktes.

Die gegenwärtige Konzeption der Regulierung ist asymmetrisch, einseitig auf Kapitalverwertung und Profitinteressen orientiert und geht zu Lasten der Telekom. Ausschließlich diese hat danach den verfassungsrechtlich geforderten Infrastrukturauftrag zu erfüllen. Dies birgt die Gefahr weiteren Arbeitsplatzabbaus durch finanzielle Schwächung der Telekom. Dies vor allem auch, weil die Altlastenproblematik der Telekom (Übernahme der Pensionsverpflichtungen) in den Eckpunkten nicht berücksichtigt ist. Dagegen könnten sich die Wettbewerber, querfinanziert durch Einnahmen aus ihrem Energiemonopol, sowohl räumlich als auch technisch als auch zeitlich die Filetstückchen für ihr Telekommunikationsangebot herauspicken. Die Folgen wären sowohl eine Gefährdung des Unternehmens Telekom als auch des Infrastrukturauftrags.

Die umfangreichen technischen und finanziellen Voraussetzungen für potentielle Wettbewerber im Telekommunikationsbereich legen den Schluß nahe, daß sich auf längere Sicht nicht sehr viele Anbieter auf dem Markt durchsetzen werden. Dies birgt die Gefahr neuer, diesmal privater Monopolbildung, die verhindert werden muß. Zudem würde eine solche Entwicklung zu steigenden statt sinkenden Anbieterpreisen führen, was die Genehmigung aller Entgelte durch die Regulierungsbehörde erforderlich macht.

Die Zeit der Telekom zur Vorbereitung auf den Wettbewerb ist kurz. Jegliche vorgezogene Liberalisierungsschritte können nur zur Schwächung des Unternehmens mit allen negativen Folgen für Beschäftigte und Kunden führen und sind deshalb abzulehnen.

Der gesellschaftliche Wandel hin zur Informationsgesellschaft birgt eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und kultureller Gefahren. Nach den vorliegenden Eckpunkten würde dieser Wandel ausschließlich von den Telekommunikationsanbietern bzw. dem Wettbewerb unter ihnen gesteuert. Einflußmöglichkeiten des Staates wären nicht gegeben. Um sicherzustellen, daß die Entwicklung in eine von den Verbrauchern tatsächlich auch gewollte Richtung geht, ist staatliche Regulierung auch in diesem Bereich vonnöten.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333